

# Der Gesellschafter

## Wirts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Veröffentlichung, Druck und Verlag von G. W. Jäger, Nagold.

Bereitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Die enst. Kaffeebohnen sind bester Qualität. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Telegraphische Adresse: Gesellschaft Nagold.

Postfachkonto: Stuttgart 8113.

Druck an jedem Werttag. Preis 10 Pf. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Nr. 113

Donnerstag, den 17. Mai 1928

97. Jahrgang

### Tagespiegel

In der gestrigen Reichstagsitzung wurde die außenpolitische Lage von den verschiedenen Parteien besprochen. Die Regierung hat sich aber noch keineswegs festgelegt. Es wird jedoch wahrscheinlich der Notwendigkeit fortgesetzt werden.

Im Ruhr und Rhein, sowie in der Ostsee werden die Auswirkungen von den Franzosen in verschiedener Weise fortgesetzt. Der deutsche Widerstand hält jedoch in ungebrochener Stärke an.

Bei dem russisch-englischen Konflikt scheinen die Russen einlenken zu wollen.

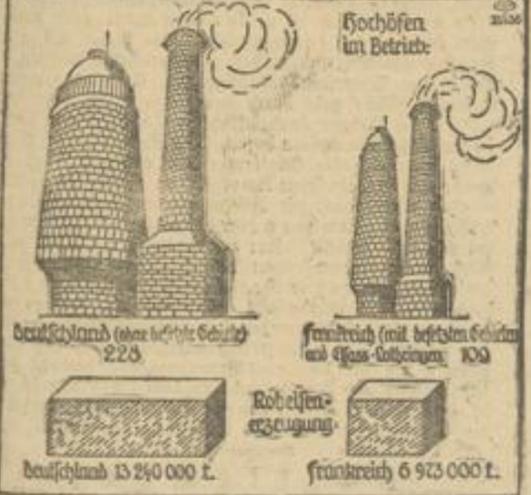
Bei der neuen Konferenz in Lausanne hat sich infolge gleichzeitiger Schwierigkeiten eine mehrwöchige Unterbrechung eingestellt.

In Lissabon hat wieder einmal die Regierung gewechselt. Das englische Königspaar, das dem kaiserlichen Hofe eine gerade im Hinblick auf die Eskorte vielbeachteten Besuch abstattete, ist wieder von Rom abgereist.

### Frankreichs Kampf um das europäische Roheisenmonopol.

Den wahren Grund für Frankreichs völkerrechtswidrige friedliche Aktion im Ruhrgebiet geht der Direktor im Reichskohlenverband, Heinrich Köppler, einer der besten Sachkenner der in- und ausländischen Kohlenwirtschaft, in bemerkenswerten Ausführungen im Rahmen einer Studie über „Frankreichs Kohlenproduktion und seine Eisenindustrie“ in der Zeitschrift „Die Liga“ (3. Jahrg., Heft 4) nach.

Der Verfasser stellt darin u. a. fest, daß Frankreich durch den Besitz von Lothringen, den ihm das Versailler Diktat ermöglichte, das an Eisenerz reichste Land des europäischen Kontinents geworden ist. Die Erze geben seitdem es Frankreich, 40 Millionen Tonnen Erz mit 14 Millionen Tonnen postum Erzeinschlag jährlich zu fördern. Einige Verbindungen aber müssen erfüllt werden, um die Quelle des Reichtums voll auszunutzen und zum führenden Staate Europas in der Eisen- und Stahlerzeugung auszuwachsen zu können. Es müssen die erforderlichen Maschinen und die zur Verhüttung unentbehrliche Kohle vorhanden sein. Beide sind zur Zeit in Frankreich nicht ausreichend. Deutschland deckt mit Lothringen zwar 70 Prozent seines jährlichen Erzverbrauches, aber es verbleiben ihm 75 Prozent seiner Eisen- und Stahlerzeugung. Unmöglich glaubte Frankreich durch die 15-jährige Annektion der Saargruben die Kohlenfrage lösen zu können, wesentliche Bedenken wurden angeführt um aus der Saarzone geeigneten Kohle auszubereiten. Die Saarzone jedoch ergibt keinen genügend hohen Kohle, wie er zur Verhüttung der Lothringener Hochofen notwendig ist, eine Erzeugung, welche deutsche Hochofen schon Jahrzehnte zuvor gemacht hatten. Nachdem auch Frankreich durch eigene Bohrungen in den Tiefen dieser Welt nicht gelang war, steigerte es seine Kohlenlieferungen aus Deutschland bis auf 600 000 Tonnen im Monat, und standte endlich in völliger Beklemmung der Saar durch eine „aktive“ Politik im Ruhrgebiet die trotz allerhöchster Anstrengungen Deutschlands verbleibende geringe Restmenge und schließlich einleitend mit dem Ruhrkohlenbezirk unter scharfem Druck einzulassen zu können.



Der Rhein — Deutschlands Strom.

Daß der Rhein keine Trennungslinie, sondern ein bedeutendster Verbindungsraum zwischen dem deutschen Reich und dem französischen Reich, die sich beiderseits an seine Ufer anlehnen, beweist u. a. auch die Verkehrsstatistik.

Nah man das Saargebiet und das ganze übrige altbesetzte Gebiet, also das ganze linksrheinische Wirtschaftsgebiet zusammen, so betrug der Verkehr des linksrheinischen Deutschlands mit dem gesamten rechtsrheinischen Deutschland im Jahre 1913 im ganzen 47,48 Millionen Tonnen oder 62,5 v. H. 1920 im ganzen 37,34 Millionen Tonnen oder 74,1 v. H. des gesamten Verkehrs über die Grenze des linksrheinischen Gebietes. Der Verkehr des linksrheinischen Deutschlands mit Frankreich, einschließlich Hoch-Lothringens, betrug dagegen im Jahre 1913 im ganzen nur 11,60 Tonnen oder 14,5 v. H. 1920 sogar nur 6,10 Millionen Tonnen oder 12,1 v. H. Der Verkehr des linksrheinischen Gebietes mit dem rechtsrheinischen Deutschland war im Jahre 1913 mehr als viermal, 1920 sogar mehr als sechsmal so groß wie der Verkehr mit Frankreich jenseits der Grenze. Berücksichtigt man lediglich den Gesamt-Verkehr und Empfang des linksrheinischen Gebietes des Rheins, unter Ausschluß des Saargebietes, so entfiel im Jahre 1913 nicht weniger als 72 v. H. und 1920 sogar 82 v. H. oder über vier Fünftel auf die Verkehrsleistungen zum deutschen Reich. Diesen Verkehr nach Frankreich umzusetzen, ist sowohl aus dem allgemein wirtschaftlichen, wie insbesondere aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich. Es ergibt sich dies einwandfrei aus der Entwicklung des doch für Frankreich besonders nützlich liegenden Saarverkehrs. Durch die gemaltene Umstellung des Wirtschaftsliebens an der Saar, wie sie mit dem Vertrag von Versailles eingeleitet wurde und von Frankreich mit allen Mitteln weiterbetrieben wird, ist der gesamte Verkehr des Saargebietes zum Jahre 1913 zum Jahre 1920 von 10,4 auf 4,8 Millionen Tonnen, der Empfang von 8,1 auf 2,8 Millionen Tonnen oder um 60 v. H. zurückgegangen.

Wollte man das gleiche Experiment mit dem Ruhrbezirk machen, so müßte dies von katastrophalen Folgen für das gesamte wirtschaftliche Leben beiderseits des Rheins begleitet sein, denn der Rhein ist, auch wirtschaftlich und verkehrstechnisch betrachtet, Deutschlands Strom und nicht Deutsch-

Sowjetmänner eine allgemeine westeuropäische Kerosin- und Benzin- und Petroleum-Produktion eingeleitet ist. Die Reaktion auf die französische Kriegstreiberpolitik reagiert, geht aus den Erklärungen hervor, die Trotzki dieser Tage in einer Sitzung des Revolutions-Räte-Kongresses in Moskau abgab. Besprochen wurde dort gerade die polnischen 400 Millionen-Anleihe bei der Regierung Poincarés und besonders die Tatsache, daß Polen sich verpflichtet hat, drei Viertel davon ausschließlich für Kriegszwecke zu verwenden. Nach authentischen Daten, die mit darüber besitzten, sagte Trotzki, „hat man in Polen damit begonnen, und zwar zunächst mit der Reorganisation und Verstärkung der polnischen Artillerie und des Militär-Ingenieurwesens.“ Rußland ist selbstredend gesonnen, damit Schritt zu halten! Also Kriegszwecke im Osten auf der ganzen russisch-polnischen Linie. Aber bleiben wir bei Deutschland. Marschall Foch hat einem Berichterstatter der genannten Daily Mail versichert, er bemähe sich nur, den Eintritt Polens in die Rhein-Entente zu ermöglichen. Diesem Zweck diene auch sein Besuch in Prag. Da auch der König von Rumänien demüßigt nach Warschau kommen werde, könne die Frage des Eintritts Polens in die Rhein-Entente in Fluss. In Polen herrsche keinerlei Offensivpolitik. Das ist natürlich der übliche diplomatische „Qualm“, der zur Verhütung der wahren Absichten und Ziele gebraucht wird. Welch erschreckender Offensivgeist tatsächlich in Polen herrscht, ergibt man daraus, daß — nach ganz offenen Meldungen der Danziger Polenpresse — General Jędrzejowski, der seinerzeit den Überfall auf Warschau leitete, in Lublin eingetroffen ist, um ein Armeekorps der polnischen Rüste zu organisieren. Die polnischen Blätter messen der neuen Aufgabe des Generals in dem augenblicklichen Zeitpunkt die höchste politische Bedeutung bei. Was geht da vor? Der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Mysłowski, der seit Jahr und Tag an der Verschärfung des deutsch-polnischen Gegenstandes arbeitet, hat soeben ein „neues Drohverbot“ erlassen, worin er von einer Revision der Rechte der Danziger spricht, die auf polnischen Antrag hin demüßigt von den alliierten und assoziierten Mächten betrieben werden könnte. Gleichzeitig trifft aus Warschau die Nachricht ein, daß die dortigen Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen von der polnischen Delegation brüskiert abgebrochen worden sind. Eine kriegerische Fronte der Warschauer Presse begleitet dieses Ereignis. Kurzer Vorwand spricht ganz im Poincaréschen Stil vom „hohen Willen des Danziger Senats auf Anweisung aus Berlin“ (!) und fordert sofortige Exekution zugunsten der Rechte Polens. Von solchen Drohungen bis zum polnischen Einmarsch in Danzig und zum Ruhrkrieg im Osten ist nicht weit. Neue Vorbereitungen winken dabei dem „größten Bajonetten der Gegenwart“, Herrn Generalsmarschall Foch.

### Was ist aus den deutschen Milliarden geworden?

Der französische Wiederaufbauminister, Herr Reibel, hat heute eine Inspektionsreise in einen Teil des Ruhrgebietes der Champagne unternommen. Aus dem darüber veröffentlichten Bericht geht hervor, daß Herr Reibel und seine Begleiter lediglich in Allgäu Fortschritte der Ausbesserungsarbeiten haben feststellen können. Die sonst besuchten Ortschaften, nämlich Digny, Grandpre, Apremont, Challerange, Routhois und Machault nebst den zwischen ihnen gelegenen Dörfern bieten noch immer genau dasselbe Bild der Zerstörung dar wie 1918. Wie jeder auch nur oberflächliche Kenner der ehemaligen Westfront weiß, handelt es sich hier um einen ziemlich engen Abschnitt des Stellungenkampfgebietes, wobei bemerkt werden muß, daß der größte Teil der Zerstörungen in den genannten Orten auf französische Beschädigungen zurückzuführen ist. Hier ist also trotz der seither von Deutschland erprehten Milliarden, trotz der amtlichen französischen Ausweise über Milliardenzahlungen an die Geschädigten noch französischer Zerstörung noch nichts an Wiederaufbau geleistet worden. Wir wissen aus anderen Berichten, daß es an den übrigen Frontabschnitten nicht viel besser aussieht. Wohin aber das Geld für den Wiederaufbau fließt, das geht aus neue aus dem Prozeß gegen den Notar London in Laon und den Grundstücksbesitzer Gelle hervor, die wieder einmal bei dem schamhaft betriebenen Betrug gefaßt worden sind, sich auf gefälschte Papiere Millionenbeträge für angebliche Kriegsschäden von der französischen Regierung auszahlen zu lassen, die sie auch ohne alle Erfüllung ihrer Ansprüche bekommen haben. Diese Art von Gaunerien wird noch gerade in Frankreich eine leistungsfähige Generalindustrie — beinahe hat sich sogar ein französischer General daran beteiligt —, die unter der Parole „Der Boche zahlt alles!“ ganz öffentlich betrieben wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß die bekannt gewordenen Fälle dieses Reparationsbetruges auf deutsche Kosten, die so nur den kleinsten Teil der wirklich vorgekommenen umfassen, von deutscher Seite amtlich festgestellt und veröffentlicht werden. Dem französischen Reparationsminister, der nach den bisherigen Erfahrungen noch ein Jahrzehnt weiter dauern kann, ohne daß das ehemalige Kampfgebiet wieder hergestellt wird, muß endlich die auf die Sentimentalität der über die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht unterrichteten Neutralen begründete Unterlage entzogen werden.

### Was geht im Osten vor?

Die Einkreisung Deutschlands

Marschall Foch, der „heilige“ Querschnitt des Westkrieges, betreibt heute ein politisches Gewerbe im Umherziehen, nämlich das der neuen Einkreisung Deutschlands. Seine Propagandatätigkeit in Warschau bei Besetzung und Paradenmarsch ist während der Aufregungen des Ruhrkrieges und der sonstigen weltlichen Ereignisse leider viel zu wenig beachtet worden. Man sollte sich aber nicht länger ablenken lassen von dem, was jenseit im Osten vorgeht. Foch wechselt jetzt von Polen nach der Tschechoslowakei hinüber. Er tritt am Montag in Prag ein. Im tschechischen Abgeordnetenhaus hat es bereits eine Hochdebatte gegeben. Ein Kommunist erklärte nicht mit Unrecht, die tierische Begriffs Fochs durch die Behörden gelte dem französischen Imperialismus, und unter den tschechischen Juristen nicht nur der Kommunisten, sondern auch der Deutschen brachte der Kriegsmilitär Urteal den unglücklichen Einwand hervor, Foch sei der Befreier vieler verlassener Völker, er werde mit Recht als „der größte Bajonetten der Gegenwart“ bezeichnet. Es sei mit dem Pazifismus eines Generals Foch auf sich hat, das wird von der Pariser Ausgabe der Daily Mail mit bemerkenswerter Offenheit ausgesprochen. Dieses nimmermüde Heißblut läßt sich nämlich aus Warschau melden, der Besuch des französischen Weisemarschalls in Warschau und in der Tschechoslowakei werde wichtige Folgen haben, denn nunmehr läßen sich den alliierten neue Garantien gegen einen etwaigen militärischen Angriff durch Deutschland und Rußland. Die Erwähnung Rußlands und der Begriff „Allierte“ (Wort zu lesen: Frankreich) sind natürlich besonders klar eingeschaltet in einem Augenblick, da die Spannung zwischen London und Warschau zunimmt und infolge des Lausanner Wortdiktates auf die

Verkauf des...  
Ebenbürtig...  
320-350...  
170, Silber...  
430-450...  
Verkauf zur...  
und am Markt...  
Verden beidseitig...  
Mark, mit...  
Handel...  
Einkauf von...  
Anfang...  
Montag, 11...  
en le 1...  
19-200, Zug...  
1700-2200...  
Räder 1...  
4200, 2...  
wurden zu...  
innen, 20...  
Markt, Räder...  
Kinder bis...  
Schneidem...  
380 000...  
Schweinen...  
(Die Dr.)...  
320-350...  
Räder und...  
Schneide...  
400...  
ab...  
schlechte...  
1900-430...  
über im...  
Weg...  
and...  
Bauhauer...  
wird verg...  
att...  
osenfr. 10...  
Balken...  
Ragold...  
auf!!  
unvollst...  
aus Arch...  
die 5...  
Wertz...  
Witberg...  
(Ragold...  
er...  
Bilgung...  
EL...  
gold...  
Ragold, 1925...  
uter...  
ntaler...  
st-Kap...  
Auswahl...  
ndung...  
Nagold...  
Landkreis Calw

## Deutscher Reichstag

Berlin, 16. Mai. In der gestrigen Sitzung des Reichstags wird die 3. Beratung des Reichshaushalts beim Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Dabei werden die Ausgaben einzelner Titel erhöht, z. B. die zur Förderung der von der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft verfolgten Zwecke auf 4 400 000 Mark und die zur Fortführung und Vollendung des Grimmschen Wörterbuchs auf 300 000 Mark. Beim Kapitel Reichsgesundheitsamt erklärt Abgeordneter Kurner (Soz.), das ganze Gesundheitswesen müsse vereinfacht und ein Gesundheitsministerium geschaffen werden. Bei der nun folgenden Abstimmung über eine deutschnationale Entschliessung betreffend eine Unterjochung der Organisation der sächsischen Landespolizei ergibt sich die Beschlussfähigkeit des Hauses. In einer neuen vom Präsidenten auf 12 1/2 Uhr anberaumten Sitzung wird dann die Entschliessung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen und der Rest des Etats debattelos erledigt. Beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums wird eine Entschliessung, die eine Verbilligung der Baustoffe verlangt, angenommen, ebenso der Rest des Etats, desgleichen die Etats des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, des Reichsjustiz-, des Reichsverkehrs- und des Reichsernährungsministeriums. Bei der dritten Beratung des Reichsfinanzetats wird die zweite Beratung des Entwurfs über die Befreiung kleiner Forderungen aus dem Reichsschuldbuch damit verbunden. Der Antrag des Ausschusses, dass bei Rückzahlung von Kriegsanleihen den Einzahlern ein Zuschlag von 150 Prozent gewährt werde, wird nach kurzer Debatte unter Ablehnung eines Antrages Emminger (B. Vpt.), der einen Zuschlag von 400 Prozent verlangte, angenommen, ebenso auch in dritter Lesung. Der Finanzetat wird gleichfalls bewilligt. Mit der Auflösung des Reichsschatzministeriums ist das Haus einverstanden. Beim Postetat sagt Reichspostminister Stinagel weitgehendes Entgegenkommen gegenüber geäußerten Wünschen zu, die infolge Heirat aus dem Dienst ausscheidenden Beamten abzufinden, worauf der Postetat bewilligt wird, ebenso der Etat des Reichstags, nachdem Abgeordneter Beermann (Deutsche Sp.) die hohen Kosten des Parlamentsentscheidungsbeschlusses festgestellt hatte, dass jedes von der Reichstags-tribüne gesprochene Wort 95 Mark und jeder Sitzungstag an Kohlen usw. drei Millionen Mark koste. Abgeordneter Brunner (Soz.) erhebt hierauf den Verleumdungsantrag, angesichts der trefflichen Haltung der Eisenbahner im Ruhrkampf endlich die Disziplinarverfahren, die noch aus der Zeit des Eisenbahnstreits stammen, einzustellen, worauf ein Regierungsvertreter erwidert, dass die noch schwebenden Verfahren mit größter Beschleunigung und äußerster Wildheit durchgeführt würden. Bei der dritten Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums verlangt Abgeordneter Schöpslin (Soz.) ein schärferes Einschreiten gegen diejenigen Offiziere, die Beziehungen zu illegalen monarchistischen und putschlichen Organisationen unterhalten. Der Redner sagt weiter, bei der Einweihung eines militärischen Gedenksteines in Döberitz habe Generalstabschef v. Hindenburg wieder seine tiefe Ehrfurcht vor Wilhelm II. bekundet. Es dürfe auch nicht länger zugelassen werden, dass längst verabschiedete Offiziere bei jeder Gelegenheit in der kaiserlichen Uniform herumstreifen, wie längst wieder bei der Beerdigung in Baden. Abgeordneter Thomas (Komm.), der sich diesen Ausführungen anschließt, richtet Angriffe auf Ludendorff, Prinz Eitel Friedrich und Hindenburg. Reichswirtschaftsminister Dr. Gieseler betont derartige Debatten in der jetzigen Zeit. Das von den Abgeordneten Schöpslin vorgelegte Material bezüglich des Behauptungs, dass es streng geprüft. Er müsse zwar die Augen offen halten, dass in der Armee nichts passiere, aber er könne auch befriedigt sein, dass während seiner Amtszeit trotz politischer Spannungen nichts Ernstliches passiert sei. Das Verdienst daran hätten auch viele Offiziere, die sich loyal in den Dienst der Republik gestellt hätten. Bezüglich der Rede, die Hindenburg in Döberitz gehalten hat, sagt der Minister, dass er nicht den Eindruck gehabt habe, als ob Hindenburg eine monarchistische Huldigung damit beabsichtigt habe. Prinz Eitel Friedrich sei nicht als Angehöriger des ehemaligen Herrscherhauses, sondern als Offizier des Regiments bei der Feier anwesend gewesen. Er sei im Krieg ein tapferer Offizier gewesen und habe an der Spitze seiner Truppen im Feuer gestanden. Das Verbot der alten Uniformen sei nur durch eine Verfassungsänderung möglich, denn es handle sich hier um ein sogenanntes „wohlerworbenes Recht“. Darauf wird der Etat bewilligt und das Haus tritt in die 3. Beratung des Mieterschutzgesetzes ein. Abgeordneter Wiener (Deutschnat.) lehnt namens seiner Partei das Gesetz ab, das eine zielbewusste Zerstörung des Hausbestandes und zahlreicher Mittelstandsbesitzungen bedeute, wogegen Abgeordneter Schirmer (Bayer. Vpt.) feststellt, dass die beruflichen Hausbesitzervertreter im Reichswirtschaftsrat eine andere Stellung eingenommen hätten als der Redner. Nachdem noch Abgeordneter Bahr (Dem.) die Vorlage beantwortet hat, wird diese gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und eines Teils der Volkspartei und des Zentrums angenommen. In der Mittwoch vormittag 9 11 Uhr beginnenden Sitzung sollen die noch nicht erledigten Etats und kleinere Vorlagen erledigt werden.

## Von der Ruhrfront

### Große Ausweichungen in Ludwigschafen

Ludwigschafen, 16. Mai. Den Bewohnern des Eisenbahnerblocks im nördlichen Stadtteil ist gestern nachmittag von den Franzosen die Weisung zugegangen, ihre Wohnungen bis heute nachmittag 4 Uhr zu räumen. Ueber 100 Familien werden von dieser Ausnahmemaßnahme betroffen. Der Stadterwaltung ist es gelungen, die Leute notdürftig anderweitig unterzubringen.

Die Lage in der Anilinfabrik ist unverändert. Die Lohnzahlungen an die Arbeiter und Beamten sollen heute erfolgen. Bei der gestrigen Absperrung der Fabrik durch die Spahis sind mehrere Personen leicht verwundet worden, da die Arbeiter rücksichtslos in die Menge hineinritten.

Düsseldorf, 16. Mai. Auf Befehl der französischen Besatzungsorgane mussten 45 Eisenbahner mit ihren Familien ihre Dienstwohnungen räumen.

Havas meldet aus Düsseldorf, dass die infolge der Sabotage von Linen vorgeschriebenen Sanktionen, die in einer vierjährigen Einstellung des Verkehrs zwischen Linen-Bachum und dem nichtbesetzten Gebiet bestehen sollten, auf 12 Tage verlängert worden sind.

Duisburg, 16. Mai. In der Nacht zum Sonntag erfolgte vor dem Ruhrstauerwerk eine schwere Explosion. Durch den gewaltigen Aufbruch wurden viele Fenster zertrümmert, das Ruhrstauerwerk selbst aber nicht beschädigt, da der Sprengkörper vor dem Stauerwerk explodierte. Ein Teil des Sprengkörpers flog in das benachbarte Maschinenhaus der Rheinischen Stahlwerke und durchschlug ein großes Hallenfenster. Menschenleben sind nicht zu befehen. Ueber die Ursache der Explosion ist noch nichts bekannt.

Duisburg, 16. Mai. In der Nacht vom 12. zum 13. Mai ist die Ruhrbrücke bei Bloß-Ruhrthal-Bedau gesprengt worden. Der Verkehr geht jetzt über Bloß-Ruhrthal-Duisburg-Hochfeld-Süd. Die gesamte Strecke ist in weitem Umkreis abgesperrt.

Köln, 16. Mai. Gestern sind starke französische Truppenabteilungen hier eingerückt und haben das Rathaus umstellt. Ueber 10 Millionen Mark sind beschlagnahmt worden. Außerdem wurde ein Geldschrank, in dem sich ungefähr 12 Millionen befinden, versiegelt. Die französische Aktion bezweckt, die der Stadt auferlegte Geldbuße einzuzahlen.

Frankfurt a. M., 15. Mai. Limburg ist seit heute nachmittag 4 Uhr von den Franzosen wieder geräumt. Die Franzosen haben dort einen Anschlag hinterlassen, das Limburg ab 10. März 1923 zum besetzten Gebiet zu rechnen sei, und zwar mit der Maßgabe, dass nunmehr alle Stationen der Strecke Niederrhein-Limburg mit zum besetzten Gebiet zu rechnen seien. Sämtliche Stationen zwischen Camberg und Limburg (beide Orte eingeschlossen) sind nunmehr unbesetzt. Der Betrieb Limburg-Gießen, Limburg-Camberg und Limburg-Besterwald ist wieder aufgenommen worden.

## Neue Nachrichten

### Das Zentrum für ein neues Angebot

Berlin, 16. Mai. Die Zentrumsfraktionen des Reichstags und des preussischen Landtags drachten in einer gemeinsamen Sitzung die Ansicht zum Ausdruck, dass der Boden der Verhandlungen mit der Entente nicht abbrechen dürfe und deshalb ein neues präzisiertes Angebot besonders in der Frage der Garantien gemacht werden müsse. Auch in der Auffassung, dass keine andere als die gegenwärtige Regierung für diese Aufgabe berufen sei, herrichte völlige Einmütigkeit.

### Tarifserhöhung bei der Eisenbahn

Berlin, 16. Mai. In der heutigen Sitzung des Ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrats wurde nach eingehender Beratung mit 12 gegen 2 Stimmen beschlossen, dass eine Tarifermäßigung für Braunkohlen nach wie vor aus allgemeinen wirtschaftlichen Erwägungen nicht durchgeführt werden kann. Der Ausschuss beschäftigte sich dann mit der allgemeinen Finanzlage der Reichsbahn und deren Einwirkung auf die Tarifpolitik. Der Ausschuss war einhellig der Ansicht, dass rechtzeitig für Deckung der notwendigen Ausgaben durch Tarifserhöhungen gesorgt werden müsse. Während für Personentarife eine Erhöhung von 100 Prozent zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Anbetracht der ganzen Sachlage für erforderlich gehalten wurde, war der Ausschuss der Ansicht, dass die Gütertarife in einem solchen Ausmaß erhöht werden müsste, dass die durch die bevorstehenden Gehalts-, Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen verursachten Mehrausgaben alsbald Deckung finden. Der Umfang der Gütertariferhöhung lässt sich heute noch nicht übersehen, müsste jedoch auf Grund der heutigen Preisverhältnisse schon 40 Prozent betragen. Eine neue Gütereinteilung mit langwierigen Vorarbeiten kommt nicht in Frage. Härten sollen jedoch mit den vorhandenen Mitteln ausgeglichen werden.

### Japans Antwortnote

Berlin, 16. Mai. Die japanische Botschaft hat heute nachmittag dem Auswärtigen Amt folgende Antwortnote ihrer Regierung auf die Note der Reichsregierung vom 2. Mai übermittleit:

Die japanische Regierung unterzog das neue Angebot, das die deutsche Regierung in ihrem Memorandum vom 2. Mai Japan, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien vorlegte und das die gesamte Reparationsfrage umfasst, einer sorgfältigen Prüfung. Die japanische Regierung ist nicht in der Lage, sowohl in Rücksicht auf den Gesamtbetrag der Reparationssumme, wie auf die Modalitäten der Zahlungen, den Garantien im Reparationsplan, der den Hauptteil des obenerwähnten Angebots gemacht, ihre Zustimmung zu geben. Angesichts der Tatsache, dass Japans gegenwärtiges Interesse an der vorliegenden Frage nicht so groß und nicht so vital ist, wie das der anderen Mächte, an die die Note gerichtet ist, nimmt die japanische Regierung Abstand, sich über Einzelheiten des neuen deutschen Vorschlags zu äußern.

### Die proletarischen Hundertschaften in Preußen verboten.

Berlin, 16. Mai. Der preussische Minister des Innern hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die sogenannten proletarischen Hundertschaften für das preussische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. In der Begründung heißt es, dass die proletarischen Hundertschaften nach den öffentlichen Verbungen, ihrer militärischen Organisation und Bewaffnung tatsächlich auch dazu ausersehen seien, einen offenen Kampf vorzubereiten und zu führen. Nach den verschiedenen Veröffentlichungen der kommunistischen Presse solle sich dieser Kampf gegen alle nichtkommunistischen Teile des Volkes und letzten Endes gegen die verfassungsmäßig festgesetzte Regierung selbst richten. Die proletarischen Hundertschaften seien somit staatsfeindliche Verbindungen.

### Einleben der Russen in London

London, 16. Mai. Nach Anhörung des größten Teils der Unterhausdebate erklärte Krossin in Unterredungen mit Pressevertretern, er habe gestern ein Schreiben in das Foreign Office geschickt. Es sei ursprünglich nicht seine Absicht gewesen, um eine Unterredung nachzugehen. Jetzt hoffe er je-

doch, dass eine Zusammenkunft stattfinden werde. Die russische Regierung wolle keineswegs einen Bruch des englisch-russischen Handelsabkommens. Sie wünsche, alle kritischen Fragen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu erörtern. Auf der Konferenz zwischen politischen Vertretern Großbritanniens und Russlands könne die Frage der Propaganda geklärt werden.

## Die außenpolitische Lage im Reichstage

Berlin, 16. Mai. Die Ressortbesprechungen in der Reichskanzlei am Montag und Dienstag haben noch nicht die Erörterung neuer deutscher Vorschläge gegolten, sondern lediglich der Entscheidung der Grundfrage, ob der Notenwechsel fortgesetzt werden und ob weitere Zugeständnisse gemacht werden sollen. Nach Informationen aus zuverlässiger Quelle ist die Entscheidung durch die Mehrheit des Kabinetts in zustimmendem Sinne gefallen. Die Parteibesprechungen im Reichstage haben den ganzen Dienstag über ange dauert. Das Ergebnis der Besprechungen ist, dass — mit Ausnahme der Rechtsparteien — die Ergänzung und Reaufassung des deutschen Angebots an die Alliierten verlangt wird. Das Zentrum unterstützt die weitergehenden sozialistischen Bestrebungen, in dem neuen Angebot die Summe von 35 Milliarden Goldmark zu nennen, weil dieser Betrag sich mit dem Mindestvorschlag Englands in Paris deckt.

In der heutigen Reichstagsitzung kennzeichnete der Führer der B. S. D. Hermann Müller-Franken die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in einer Erklärung, die u. a. besagt: Welche Kreise des Volkes können nicht verstehen, wenn der Reichstag in die Pfingstferien angeht, ohne zur auswärtigen Lage Stellung genommen zu haben. Es seien Noten gewechselt worden, aber der Terror im besetzten Gebiet habe zugenommen. Man sollte doch in Frankreich einsehen, dass man damit nichts erreicht. Die Antwortnoten der Entente lassen noch Verhandlungsmöglichkeiten zu. Die Sozialdemokratie habe die Aufgabe des passiven Widerstands abgelehnt. Konkreter müssen wir werden mit den Garantien der Landwirtschaft und der Industrie. Bei der Entschliessung wird auch die Erfassung der Sachwerte kommen müssen. Wir müssen selbst Angebote machen. Die Regierung muss auch die Initiative ergreifen zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Frage der vertragsmäßigen Kohle- und Kohlenlieferungen. Der Redner fordert konkrete Vorschläge in der Sicherungsfrage. Das Ziel der Verhandlungen muss natürlich Räumung der Ruhr auf kürzeste Frist sein.

Im Namen der bürgerlichen Mittelparteien gibt Abg. Reich (B. V.) die Erklärung ab, dass der gegenwärtige Augenblick zu einer Debatte verfrüht sei. Man habe das Vertrauen, dass die Reichsregierung den Weg gehen werde, der in dieser Zeit notwendig ist.

Für die Deutschnationalen spricht der Abg. Erz Herzt. Er erkennt die Schwierigkeiten an, in denen sich die Regierung gegenüber den Noten befindet. Die Sorge ist allgemein, dass Verzögerungen der Entschliessungen Nachteile für unser deutsches Volk haben könnten. In den Noten fanden sich für uns unerträgliche Summationen. Die Deutschnationalen seien der Ansicht, einmal angetrübte Fäden nicht endgültig etwa abbrechen zu lassen, da doch unter den heutigen Verhältnissen für unsere Regierung keine Möglichkeit für eine neue Note bestehe (Zustimmung rechts). Die großen Schwierigkeiten, in denen wir uns mit der ganzen Welt befinden, seien nicht durch uns geschaffen. Unsere Note vom 2. Mai ist auf ausdrückliches Verlangen der englischen Regierung erfolgt. Die Rede Cursons war ein hochhoffizielles Akt. Damit hat England eine moralische Verpflichtung übernommen. Die deutsche Regierung habe sich auch bezüglich der Garantien festgelegt. Die Produktivität der Wirtschaft müsse erhalten werden. Die Verkehrswirtschaft dürfe nicht dem Auslande ausgeliefert werden. Die gesamten abgesetzten Hypothesen der Landwirtschaft betragen nur 15 bis 16 Milliarden Goldmark, also eine Summe, die für die Reparationen wenig ausmache. Die Entente würde jedes deutsche Angebot übertrumpfen. Aus diesem Grunde sei die Zurückhaltung richtig gewesen. Für uns gäbe es kein Waffenstilllegen, keine Einstellung des passiven Widerstandes. Jede Note an Frankreich sei völlig undisutabel, aber auch eine Note an England sei unmöglich. Wir haben ein ehrliches Angebot gemacht und wollen nicht unehrlich werden. Der Wille zum Widerstand ist allgemein. Eine neue gewaltig nationale Welle geht durch das ganze Land. Wir sind, so erklärte der Redner ausdrücklich im Namen seiner Fraktion, zu den äußersten Opfern bereit. Der Redner sprach die Hoffnung aus, dass die Regierung den richtigen Weg finden werde und sagt ihr seine Unterstützung zu (Beifall rechts).

Den Standpunkt der Reichsregierung legt Außenminister v. Rosenbergs dar, der erklärt, dass er im gegenwärtigen Augenblick leider nicht in der Lage sei, Erklärungen zur auswärtigen Politik abzugeben. Die Prüfung der eingegangenen und der eigenen Note seien noch nicht abgeschlossen. Es würde den Interessen des Landes widersprechen, wenn schon vorher Regierungserklärungen abgegeben würden. Das Haus könne überzeugt sein, dass die Regierung sich der schwereren Verantwortung bewusst sei, die auf ihr laste und dass sie nur von dem einen Wunsch erfüllt sei, den Weg zu gehen, den ihr Pflicht und Ueberzeugung, das Interesse an Volk und Vaterland vorschreibt.

## Württemberg

### Eröffnung der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Stuttgart

Am Dienstag vormittag 11 Uhr wurde in Anwesenheit der Fürstin Hohenzollern, des Justizministers Volz, Staatsrat Rauch als Vertreter des Ernährungsministers, Abg. Adorno, Präsident der Württ. Landwirtschaftskammer, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager und anderer führender Persönlichkeiten die Landwirtschaftliche Ausstellung im Stadt-Schlachthof und Viehhof in Gaisburg mit einer längeren Ansprache des Präsidenten des Landwirtschaftl. Hauptverbandes Schultheis a. D. W a u z von Altheim bei Riedlingen offiziell eröffnet. Präsident W a u z hieß die Erschienenen herzlich willkommen und wies darauf hin, dass die Bedeutung der Ausstellung durch die Verbindung mit der erstmalig veranstalteten Süddeutschen Landwirtschaftlichen Maschinenmesse wesentlich erhöht wurde. Als weiteres freudiges Moment erwähnte er die Wiederholung der seit dem Jahre 1910 nicht





Die Sommerreise auf Schienen. Einem glücklichen Einfall haben es die mit Glücksgütern nicht gerade begünstigten Frauen von New York zu danken, daß ihnen heute die Möglichkeit geboten ist, sich im Sommer im Freien erholen zu können. Angesichts der unerschwinglich hohen Preise, die in den Sommermonaten gefordert werden, war es ihnen bisher kaum möglich, dem Gloriosa New Yorks entrinnen zu können. Ein Teil hatte es zwar verstanden, sich als Vorleserinnen, Kaffierinnen, ja selbst als Dienstmädchen während des Sommers auf dem Lande eine Stellung zu suchen, die ihnen Erholung in freier Luft gestattete. Aber hier handelte es sich doch immer nur um eine Zufallsmöglichkeit. Jetzt hat die Liga der arbeitenden Frauen einen Ausweg gefunden, der das Problem in einfacher Weise löst. Man hat für billige Geld eine große Anzahl von ausrangierten Eisenbahnwagen erworben, die, zu schmucken Sandhäuschen umgewandelt, nach Festen ihren Standort wechseln können. So ist jetzt 24 Stunden von New York entfernt, eine Waggonstadt entstanden, die ihren Insassen einen behaglichen Aufenthalt bietet und ihnen gestattet, sich in Wald und Flur zu erholen.

Die Stour „auf dem Projektstade“. Aus Washington meldet der „New York Herald“: Verschiedene Stämme der Siouxindianer verlagten die Vereinigten Staaten auf Zahlung von 219.635 Dollar nebst den seit 25 Jahren aufgelaufenen Zinsen, was eine Gesamtsumme von etwa 750.000 Dollar ausmacht. Sie erklärten, die Vereinigten Staaten hätten ihnen leinere, Goldkleider und Wadungen unerschwinglich beschlagnahmt. Für jeden Hektar Goldfelder werden 100 Dollar und für jeden Hektar Wald 50 Dollar gefordert, 25.000 Einzelflogen wurden eingebracht. Man glaubt in Washington, daß der Projekt 5-10 Jahre dauern wird.

„Die Bildnis ist Gott selber nit.  
Er wird allein bedüdet damit (angedeutet).  
Die Bildnis schau an und richt' dein' Sinn  
Auf den, se bedüdet wird darin.“  
Mittelalterlicher Hauspruch.

Was es ist. Der kleine Peter: Papa, was ist das, eine bessere Hälfte?  
Papa: „Eine Redewendung, mein Kind.“

**Handelsnachrichten**

Der Dollar am 16. Mai 45.500.— (42.405.75). Uebersetzung der preussischen Kolonialbank. Der am 11. Mai eröffneten Zeichnung auf die erste Ausgabe der Sparg. Kolonialbank hat sich bereits jetzt eine wesentliche Uebersetzung ergeben, so daß die Zeichnung am 14. Mai geschlossen werden mußte. Der neue Spritzpreis. In der Verabsichtigung des Monopolsatzes wurde beschlossen, den regelmäßigen Verkaufspreis für Spritz für Mai unverändert mit 15.000 Mark pro Liter Weingeist bestehen zu lassen.

Weitere Getanlichkeit der Stickstoffdüngemittelpreise. Die Preise für Stickstoffdüngemittel sind wie folgt erhöht worden: Schwefelures Ammoniak, nicht gedarrt und nicht gemahlen, gedarrt und gemahlen, ferner salzures Ammoniak, sowie Ammoniaksalzsalpeter, je 7.000 M für das Kilo Stickstoff in loser Schüttung; Kaliammonialsalpeter, ebenfalls 7.000 M für das Kilo Stickstoff in loser Schüttung; daneben wird der Kohlegehalt mit den für Kali in Chilekalkum für die jeweilige Mischung geltenden Preisen in Rechnung gestellt. Nitronsalpeter 8.800 M für das Kilo Stickstoff in loser Schüttung; Kalkstickstoff 6.075 M für das Kilo Stickstoff in Papierböden. Die neuen Ammoniakpreise betragen bei dem heutigen Stand der Mark angefahr die Hälfte des Preises für Stickstoff in Chilekalkum. Die Anwendung des Stickstoffdüngers zu diesem Preise ist für die Landwirtschaft löhrend. Die Preise sind mit Wirkung vom 16. Mai in Kraft. Wie lange sie gehalten werden können, hängt von der Entwicklung der Welt ab. Für alle ordnungsmäßig abgeklärten und vom Stickstoff-Syndikat bestellten Geschäfte auf Mengen zur prompten Lieferung hält sich das Syndikat an obige Preise gebunden, wenn der Gegenwert während der Gültigkeitsdauer dieser Preise in vor dem Syndikat eingegangen ist.

Berliner Kartoffelanlieferung, 15. Mai. Weiße und rote 3800 bis 4000 Mark, gelbliche 4200 M je 50 Kg. (Erzeugerpreise zu männlichen Stationen). Unveränderter Mehlpreis. Die Sächsischen Mühlenvereinigungen hat den Richtpreis für Weizenmehl, Spezial 0, für heute unverändert mit 500.000 M für den Doppelpentner, waggonfrei Mannheim, belassen.

Walgrofenmelter, 14. Mai. Bei dem heutigen Nabelholzhangen (Äschen) Verkauf wurden erdicht für Baustrangen Ia 11.553 M = 770%, Ib 8.414 M = 764%, II. 6.511 M = 813%, III. 3.787 M = 757%; für Sparstrangen I. 4.179 M = 696%, II. 3.104 M = 776%, III. 1.472 M = 736%; für Gopfenstrangen I. 873 M = 582%, II. 531 M = 531%, III. 280 M = 400%, IV. 264 M = 440%, V. 174 M = 435%; für Rehfrieden I. 112 M = 375%, II. 80 M = 400%; für Bohnensteden 40 M = 400%. Gesamtanbot: 2.001.550 M. Gesamterlös: 1.496.100 M = 747,4%.

Stuttgarter Börse, 16. Mai. Das französische Vorgehen in Ludwigshafen und Höchst mochte heute zur Zurückhaltung; die allgemeine Stimmung war jedoch besser als vielfach erwartet worden war, indem Verkaufsaufträge nur in geringem Maß vorgelegt wurden. Die Kurse haben sich verhältnismäßig gut gehalten. Am Markt der Bankaktien wurden Vereinsbank bei 7800 rot. stark begehrt, Hypothekbank schlossen kaum verändert 4100, Rotenbank geben von 20.500 auf 18.000 nach. Von den Bauereimerten blieben die Walle bei 34.000, Ehlingen liegen um 700 auf 8500. Auf dem Markt der Metallaktien zeigten sich Feinmechanik unbedeutend schwächer 81.000, Hohner schien ihre Aufwärtsbewegung fort und kamen 5000 höher mit 102.000 zur Roltz, Junghans schlossen 24.000 gegen 26.000 vorgefessert. Metallwaren notierten nahezu unverändert 79.500. Von den Maschinenwerten geben Deuliner nur wenig auf 18.500 nach, Caspheimer joggen um 5000 auf 60.000 an, Masinas blieben lo gut wie nicht verändert 14.600.

Lebhaft gesucht wurden Ehlingen, sie stellten sich wieder auf 27.000 wobei rationalisiert werden mußte; Heffer schwächten sich auf 21.000 gegen 23.000 am Montag ab. Weingarten mußten 3000 unter dem letzten Kurs bei 35.000 notiert werden, da das Material der Nachfrage gegenüber unzureichend war. Redarfalmer mußten eine Kleinigkeit auf 24.750 weichen. Am Markt der Spinnereimerten blieben Erlangen 35.000 gegen 39.500 am Montag. Westheim gegen 10.000 und notierten 135.000. Filz schwächten sich am 1900 auf 40.000 ab, Kaffan blieben wieder 70.000, während Leinenindustrie eine bemerkenswerte Erleichterung um 40.000 auf 170.000 aufzuweisen hatten. Von den sonstigen Werten gelangten Reilin 9000 niedriger mit 48.000 zur Notierung. Heidelberger Zement schwächten sich ebenfalls um 2000 auf 30.000 ab. Anorz schloßen niedriger 27.200 gegen 28.500 zuletzt; Köln-Rothweil 42.000 gegen 44.000. Krumm verloren 1000 und blieben 10.000. Salzwerk Heilbronn verminderten ihren Stand vom Montag nicht ganz zu behaupten, sie notierten 25.000 niedriger 200.000, Stuttgarter Zucker waren unbedeutend niedriger bei 23.900 notiert. Die letzten Aktien der Union Deutsche Verlagsgesellschaft beaupteten sich gut bei annähernd dem gleichen Kurs wie vorgefessert 34.750, Wamaheimer Del gingen auf 28.500 zurück (am Montag 38.000).

Stuttgarter, 16. Mai. Industrie- und Handelsbörse. Auf der Industrie- und Handelsbörse notierten von Baumwollwaren: Engl. Trost, Warp- und Dincops 33.250-39.150 im 2. Mai; 29.000-30.000, Nr. 30 42.750-43.650 (31.000-32.000), Nr. 36 43.650-44.550 (32-33.000), Dincops Nr. 42 45-45.000 (33-34.000), je das Kilo; von Baumwollgeweben: Cretonnes 100 bis 5850 (4300-4500), Renforcos 4950-5200 (3700-3900), glatte Kattane oder Crocks 4400-4600 (3300-3500) Mk., je das Meter. Nächste Woche: 6. Juni.

Karlsruher Produktenbörse vom 16. Mai. Für Getreide und Mehl Stimmung fest, Käufer und Verkäufer bei dem sehr hohen Preisen zurückhaltend. Es wird nur der notwendige Bedarf gedeckt. Auf spätere Lieferungsstermine sind Käufer vorherrschend, aber das Angebot ist hierfür gering. Man hört sich, gerade Preise, alles in 1000 Mark für die 100 Kilo Weizenqualität Karlsruher: Weizen 170-180, Roggen 140-145, Gerste 130-140, Hafer je nach Qualität 110-125, Kooggenmehl, Mühlenförderer 180-200, Mele 70-80, Spezialfabrikate 85, Malzheime und Maltreber ohne Goch 70-75, Trodenstängel 45. In Weizen und Spezialstoffen war die Stimmung fest und die Preise festlich. Kaffee und Tee zurückhaltend infolge der hohen Preise. Kaffee Santos Superior reb 29-32.000, Guakomala, gewaschen 36-38.000 für ein Kilo, bezollt, gedarrter Kaffee 38-40.000 für ein Kilo, Tee gut 58-62.000, mittel 64-68.000, feht 70-78.000.

Schweinemarkt Salen, 16. Mai. Insehr 35 Milch- und Maferfchwaine. Preise pro Paar Mischfchwaine 340.000-420.000 Mark.  
Der Wetter  
Der Luft ist, der nach Nordosten abgezogen ist, hat Nebel aus den Westen erhalten, der seinen Einfluß nennbar höher geltend macht und am Freitag und Samstag wieder viel bedecktes, auch mit vereinzelt Niederschlägen verbundenen Wetter verursachen wird.

**Ämtliche Bekanntmachung.**  
Ueberwachung des Schafverkehrs.  
Es besteht Veranlassung auf die Verfügung des Ministeriums des Innern vom 1. Mai 1923, Staatsanzeiger Nr. 103, hinzuweisen. Danach hat jeder Führer von Schafherden, die aus andern Kreisen als zum Zweck des Ausfahrens von Weidplätzen von einem Ort zum andern getrieben werden (Schafwähe), außer dem Kontrollbuch noch eine Wanderurkunde mit sich zu führen.  
Nagold, den 15. Mai 1923.  
1269 Oberamt: Mügg.

**Die württ. Landes-Sparkasse**  
Stuttgart  
nimmt von jedermann und in jedem Betrage auch  
**Einlagen**  
auf mehrere Monate fest entzogen und verzinst diese  
bis zu 20 %.  
Räheres bei den Zweigstellen. 1238

**1 steht fest und das genügt.**  
**Mey's Stoffkragen**  
sind die  
hygienisch einwandfreiesten  
Wenn unrauber werden sie fortgeworfen,  
Sie sind trotzdem die  
billigsten  
Versuchen Sie auch Qualität B mit  
Leinwandprägung, welche etwa 2, bis 3 mal ist.  
Hauptvertriebsstelle: 1074  
G. W. ZAISER, Nagold.

**Amtsgericht Nagold.**  
**In das Handelsregister**  
Abt. I. Gesellschaften wurde am 14. Mai 1923 eingetragen die Firma „Schiller & Kaler“, Sitz in Altensteig, offene Handelsgesellschaft seit 1. Jan. 1923. Geschäftsführer sind: Friedrich Schiller, Kaufmann in Windsoel, Philipp Kaler, Kaufmann in Altensteig. 1273  
Nagold, den 16. Mai 1923.  
Amtsgericht  
Sauer, Notar Präf.

**Anzeigen**  
für die Pfingst-Kummer  
wollen frühzeitig  
aufgegeben werden.  
Geschäftsstelle des Gesellschafter.

Alle  
**Familien-Anzeigen**  
Geburten, Verlobungen, Vermählungen, Trauerfälle gibt man vorteilhaft bekannt im „Gesellschafter“ (Amtsblatt)  
Weiteste Verbreitung  
Bevorzugter Zeitungspreis  
Schöne Ausführung  
Ein kräftiger 1266

**Junge**  
16-18 Jahre alt, kann sofort einziehen bei  
Wish. Rothfuß  
Bierdepot  
Wibberg.

**Turn-Verein Ebhausen e. V.**  
Voranzeige.  
Wir feiern am 1. Juli d. J. die 25. Feft unter 25jährigen Gründung. Anlässlich dieses Feftes hat der Verein die Wettkämpfe in Ganturzen mit Wettkämpfen in volkstümlichen Uebungen statt. Wir laden die Vereine der näheren u. weiteren Umgebung schon heute dazu ein und bitten die Anfertigung von festlichen Anlässen auf diesen Tag gebührend Rücksicht nehmen zu wollen.  
Der Turnrat.

**Gärtner-Lehrling-Gesuch**  
Ein gesunder, wohlgezog. Knabe, mit guter Schulbildung, welcher Lust hat, die Gärtnerei zu erlernen findet in meiner (von der Landwirtschaft. Kammer u. Lehrherr anerkt) Gärtnerei Stelle.  
Gleichzeit. empf. Kopfsalat Setzlinge der Art, Zwiebel, Tomaten, Gurken, Lauch, Topfpflanzen, sowie schöne Sorten Dahlienknollen.  
Fr. Schuster, Nagold.

**Hochzeits-Einladung.**  
Zur Feft unserer ehelichen Verbindung gestatten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf  
Pfingstmontag, den 21. Mai 1923  
in das Gasth. z. Rinde in Sulz freundlichst einzuladen. 1249

**Johannes Dengler** Marie Wörner  
Telegrapharbeiter Tochter des  
Sohn des Friedrich Wörner  
Johannes Dengler Zimmermeister.  
Vater.

**Zu verkaufen:**  
ca. 8 cbm 15 mm Täfer-Dielen  
trockene, schöne breite Ware  
ferner 4 cbm 30 mm Dielen  
scharfkantig besäumt 24 cm breit.  
Anfragen durch die Geschäftsstelle d. Bl.

**Forstamt Altensteig.**  
**Papierholz-Verkauf.**  
Am Dienstag den 22. Mai 1923 vormittags 11 Uhr kommen in 3 Losen zum Verkauf Papierholzer gerappelt: 7 Am II. R. und 13 Am III R. aus IV. 4 Birshade, sowie 19 Am III R. aus VII 19 Woffschube.  
Schriftliche Angebote in Markt je Am ausgedrückt, werden bis zur genannten Zeit erbeten. Eröffnung auf der Forstamtskanzlei. 1274

**M. B. M.** 8 II. Son. f. 2 B. ol. und Rl. in gm. u. Ed. v. Händel. 1272

**Seefische**  
bei Lug, Fischer, Nagold.

**Des Christen Weg**  
Predigten für die Sonn- und festtage des Kirchenjahres von  
Chr. Römer  
Prälat.  
Sind vorzüglich bei  
Buchhandlung Zaiser  
Ebhausen.  
Verkaufe eine gute

**Milchkub**  
Samstag mittag 2 Uhr.  
Chr. Glatz. 1276

